

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/10713, 13/11026 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998
zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung
der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der
zivilen internationalen Raumstation (Raumstations-Übereinkommen)

Bericht der Abgeordneten Dieter Schanz, Steffen Kampeter, Antje Hermenau
und Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Beteiligung europäischer Staaten an der internationalen Raumstation sicherzustellen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ratifikation des Übereinkommens zu schaffen, damit dieses – bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen des Artikels 25 – für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten kann.

Der Gesetzentwurf als solcher verursacht keine Kosten.

Deutschland hat sich jedoch durch seinen Beitritt zum europäischen Raumstations-Entwicklungsprogramm zur Zahlung seines Beitrags von 41 % für die Entwicklungs- und Bauphase verpflichtet. Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 2,5 Mrd. DM (eskaliert) über die gesamte Laufzeit des Programms (1996 bis 2004) werden aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und

Technologie bereitgestellt. Hinsichtlich der vom Übereinkommen miterfaßten Betriebs- und Nutzungsphase werden zu gegebener Zeit innerhalb der ESA die entsprechenden Programmentscheidungen zu treffen sein.

Ferner werden bei der Durchführung des Übereinkommens durch die vorgesehenen Konsultationen in geringem Umfang administrative Kosten entstehen.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wiczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Dieter Schanz
Berichterstatter

Steffen Kampeter
Berichterstatter

Antje Hermenau
Berichterstatterin

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Berichterstatter

